

U-Ausschuss: Auftritt von Signa-Gründer René Benko

Parlament.

Eigentlich wollte er nicht kommen: René Benko hielt es für unmöglich, im parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Cofag auszusagen. Weder er noch sein Anwalt wüssten, was die Justiz gerade ermittelt. Da man sich im U-Ausschuss nicht selbst belasten muss, ging Benko davon aus, er könne fernbleiben. Heute kommt er nun doch. Der Grund: Es gibt keinen generellen Entschuldigungsgrund, der Signa-Gründer muss sich demnach bei jeder einzelnen Frage entschlagen.



APA/HELMUT FOHRINGER

Schilling „hasste“ die Grünen

EU-Wahl. Die Grünen-Spitzenkandidatin soll über einen Wechsel zur Linksfraktion nach der Wahl nachgedacht haben. Schilling widerspricht, ein SPÖ-Politiker stützt ihre Version

VON MICHAEL HAMMERL

Lena Schilling, Spitzenkandidatin der Grünen bei der EU-Wahl, soll gegenüber ihrem näheren Umfeld geäußert haben, die Partei direkt nach der Wahl wieder zu verlassen. Darüber berichtet am Dienstag der Standard. Eine, wohl mittlerweile ehemalige, Freundin Schillings soll behaupten, die 23-Jährige habe gegenüber Freunden mit einem direkten Wechsel in die Linksfraktion nach der Wahl geliebäugelt.

„Ich habe den Grünen Ende November 2023 meine Sorge mitgeteilt, als Spitzenkandidatin Schaden zu nehmen“

**Lena Schilling
Grüne EU-Spitzenkandidatin**

Ende Jänner habe Schilling laut *Standard* zudem in einem privaten Chat geschrieben: Am 24. Februar werde sie zur EU-Spitzenkandidatin gekürt, „dann bin ich gewählt, und die Grünen können nichts mehr machen muhahaha“. Ob sich das tatsächlich auf Wechselabsichten bezogen haben soll, ist unklar.

Schilling weist die Überlegungen in einer öffentlichen Stellungnahme als „falsch“ zurück: „Freund:innen, die in anderen Parteien organisiert sind, haben dies in den Raum gestellt. Ein solcher Schritt ist für mich absolut ausgeschlossen. Ich trete für die Grünen an, weil es die einzige Fraktion ist, die ernsthaft für den Klimaschutz kämpft.“

Unterstützt wird Schillings Version öffentlich von Gabriel Hofbauer-Unterrichter, SPÖ-Politiker in

Wien-Alsergrund. Er sei „bei besagtem Gespräch“ dabei gewesen. Man habe im Laufe eines „privaten, feuchtfrohlichen“ Abends darüber geshcherzt, was Schilling mit ihrem Mandat anstellen könnte.

Er könne „bestätigen, dass die Idee, nach der Wahl der Linksfraktion beizutreten, nicht von Lena Schilling kam, sondern von anderen scherzhaft in den Raum gestellt wurde und Lena in keiner Weise ernsthaft darauf eingestiegen ist“, sagt Hofbauer-Unterrichter. „Ich selber bin SPÖ-Mitglied, die andere anwesende Person ist ehemaliges SPÖ-Mitglied.“ Schillings Freundeskreis sei stark von der Wiener Linken geprägt und ihrer Kandidatur für die Grünen sehr kritisch gegenüber gestanden.

Grünen-Generalsekretärin Olga Voglauer kritisiert, dass „aus dem Zusammenhang gerissene Sätze“ einer privatesten Kommunikation zwischen Schilling und in der SPÖ organisierten Freunden öffentlich seziert würden. Das habe einen „schalen Beigeschmack“, betont sie auf X. Man müsse sich die Frage stellen, wem das alles nutze, so Voglauer.

Brisante Chats

Ein Chat, der dem Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* vorliegt, soll wiederum zeigen, dass Schilling noch vor wenigen Monaten ein sehr gespanntes Verhältnis zu den Grünen pflegte. Ende November 2023 habe sie geschrieben, ihr ganzes Leben lang „niemanden so sehr gehasst“ zu haben wie die Grünen. Kurz darauf begannen die offiziellen Gespräche mit der grünen Parteispitze über die Spitzenkandidatur bei der EU-Wahl. Sie sehe sich nicht als Grüne, „aber vielleicht kann ich das lernen“.



Lena Schilling (23) gerät immer mehr in Erklärungsnot

Weiters soll Schilling ihrem Umfeld gegenüber die Sorge geäußert haben, bei einer EU-Kampagne „verbrannt“ zu werden. Das habe sie auch Grünen-Klubobfrau Sigrid Maurer mitgeteilt.

Schilling meint hierzu in oben genannter Stellungnahme: Sie habe zu den Grünen sehr lange ein sehr kritisches Verhältnis gehabt, das sich in den letzten Jahren aber „stark verändert“ habe – insbesondere durch die Kandidatur. „Im privaten Umfeld habe ich diese Kritik auch sicher hart geäußert. Was mir aber schon länger klar war – auch in der Phase großer Skepsis – war, dass ich im Klimaschutz nur mit den Grünen gemeinsam etwas verändern kann“, so Schilling.

„Tabubruch“

Ihre ebenfalls in Chats geäußerte Sorge, bei einer Kandidatur Schaden zu nehmen,

der Chats stammen, ein anderer von einer „anderen Freundin aus der SPÖ“, so Schilling.

Das Ehepaar Sebastian und Veronika Bohrn Mena hat Schilling geklagt, weil sie unter anderem falsche Vorwürfe der häuslichen Gewalt gegen die beiden verbreitet haben soll. Die Geschichte war Auslöser für eine Debatte über Schillings Charakter, die den Wahlkampf der Grünen überschattete.

„In meinem absolut privaten Umfeld gab es in den vergangenen Monaten Zerwürfnisse und Situationen, in denen sehr viel Druck auf mich ausgeübt wurde, meine Kandidatur zurückzuziehen“, so Schilling. Für sie sei der beste Ort, um den Kampf für den Klimaschutz zu verfolgen, jedenfalls Brüssel.

Betroffenheit

Dienstagabend stellte sich Schilling – wie alle EU-Spitzenkandidaten der Parlamentsparteien – einer KURIER-Diskussion in Wiener Neustadt. Und auch hier wies sie die Behauptung, sie hätte zur Linkspartei wechseln wollen, „in aller Härte“ zurück. „Die Linkspartei ist ganz, ganz weit weg von meiner Meinung“, so Schilling, die das auch an Inhalten festmacht: „Ich stehe für Klimapolitik – da ist die Linkspartei nicht dabei.“ Auch beim Selbstverteidigungsrecht Israels oder bei der Solidarität mit der Ukraine vertrete die Linkspartei völlig andere Ansichten als sie.

Die nun publik gewordenen Chats bzw. Behauptungen erklärt Schilling damit, dass ehemalige Freunde enttäuscht seien, dass sie nun für die Grünen kandidiere. Dass diese Menschen Privates in die Öffentlichkeit tragen, bezeichnet sie als „beschämend“.

Handwerkerbonus: Korosec will Betriebe in die Pflicht nehmen

Senioren. Den Handwerkerbonus kann man nur online beantragen, für Wertpapiere der Republik benötigt man gar die ID Austria: Gibt es in Österreich eine „Online only“-Politik, die ältere Menschen diskriminiert? Dieser Ansicht sind zumindest Österreichs Seniorenvertreter. Deshalb haben sie zu einem „Runden Tisch“ geladen.

Seniorenbund-Präsidentin Ingrid Korosec (ÖVP), die sich den Vorsitz des unabhängigen Seniorenrats abwechselnd mit Pensionistenverband-Präsident Peter Kostelka (SPÖ) teilt, zieht danach ein positives Resümee. Mit Experten habe man besprochen, was gegen Altersdiskriminierung unternommen werden müsse.

„Im Spätsommer wird ein weiterer Runder Tisch stattfinden, wo wir konkrete Lösungsvorschläge formulieren werden“, sagt Korosec zum KURIER. Diese Lösungen wollen die Seniorenvertreter der kommenden Regierung als Forderungspaket vorlegen. Es handle sich um ein Bündel aus „legistischen und pragmatisch-praktischen Maßnahmen“, die in den kommenden Monaten erarbeitet werden sollen.

Auf gesetzlicher Ebene geht es darum, den Schutz vor Altersdiskriminierung in der Verfassung zu verankern. Korosec schlägt Hotlines in Ministerien oder Ansprechpersonen auf Gemeindeämtern vor, die bei digitalen Amtswegen helfen sollen.

Auch beim Handwerkerbonus hat sie eine Idee: „Derzeit können die Reparaturbetriebe zwar bei der Einreichung helfen, sie müssen es aber nicht. Aus meiner Sicht wäre eine Verordnung sinnvoll, die sie zur Einreichung verpflichtet, falls der Kunde oder die Kundin dazu nicht in der Lage ist.“ Den Zuschuss von maximal 2.000 Euro muss man über *handwerkerbonus.gv.at* beantragen. Wer das nicht schafft, der ist auf die Unterstützung einer intermetaffinen Person angewiesen.

M. HAMMERL

Polaschek nimmt Gewaltschutz in den Fokus

Bildungspolitik. Bildungsminister Martin Polaschek (ÖVP) will im kommenden Schuljahr den Schwerpunkt Gewaltschutz setzen. Die Devise sein werde „hinschauen statt wegschauen“. Neben diversen Präventionsaktivitäten bewarb der Ressortchef bei einem Pressegespräch am Dienstagnachmittag auch eine Senkung der Strafmündigkeit. Anlass für die Ansage waren stark gestiegene Deliktzahlen an den Schulen, die teils aber auch durch Absenzen während der Pandemie begründet sind. Nimmt man beispielsweise Wien her, hat sich die Zahl der Straftaten an Schulen von 2021 auf 2023 von 962 auf 1.932 fast verdoppelt.